

Anzeige



die Kirche

Evangelische Wochenzeitung

Sündige Eva, reine Maria. Über Frauen in der Zeit der Reformation ist wenig bekannt ▶ Seite 3



Himmel und Höllenwagen. Der Kirchengemeinde Wittbrizten gehört ein wahrer Schatz ▶ Seite 7



Erinnern, aber wie? Pfarrerin Marion Gardei stellt im Interview ihr Konzept für die Landeskirche vor ▶ Seite 8



Um Menschen, die sich abgehängt fühlen, wieder einzubeziehen, fehle eine politische Strategie, sagt Theologieprofessor Gerhard Wegner und fordert eine Willkommenskultur nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Menschen am Rand der Gesellschaft. Eine Aufgabe ebenso für die Kirche, in deren Bankreihen vor allem die bürgerlich gut situierten Gemeindeglieder Platz nehmen?

Kommentar von Gerhard Wegner

► „Was haben Sie denn an der Uni gemacht?“, fragt der Taxifahrer, der mich in Dahlem abholt. „Einen Vortrag gehalten zum Thema ‚Gute Arbeit‘“, antworte ich. Seine prompte Reaktion: „Davon haben Professoren doch keine Ahnung! Das kann ich Ihnen auch so sagen, was ‚Gute Arbeit‘ ist: anständige Bezahlung, kein Mobbing und irgendwie dazu zu gehören.“ Super, denke ich. Das trifft es genau! Der Lohn muss stimmen und wenn man gemobbt wird, geht gar nichts mehr.

Aber es muss noch ein Drittes dazu kommen: das Gefühl, ein Teil des Ganzen, des Teams, des Unternehmens, der Behörde oder was auch immer zu sein. Man kann das Teilhabe oder Anerkennung nennen: zu erfahren, dass ihre Fähigkeiten gebraucht werden, ist für viele Menschen von enormer Bedeutung. Das ist einfach eine Voraussetzung von allem. Wer sich selbst länger als abgeschoben erlebt, wird schnell krank und gerät dann noch



Gerhard Wegner ist Professor für Praktische Theologie in Marburg und Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD. Foto: promo



Foto: pixabay.com

Alle sind willkommen

mehr in die Isolation. Die größten Krankheitsrisiken tragen heute Menschen, die lange arbeitslos sind. Sich als Teil eines Ganzen erleben zu können, hält gesund und lebendig.

Das Gefühl, nicht dazu zu gehören, greift heute aber noch weiter. Auch Menschen, die durchaus über Arbeit und Auskommen verfügen, erleben ihre Interessen und Ängste als nicht mehr von „der Politik“ aufgenommen. „Die da oben“ machen ja doch nur, was sie wollen.

Früher haben deswegen viele linke Parteien gewählt, weil man wenigstens deren Führern vertraute. Aber sie haben enttäuscht. Die Ungleichheit stieg weiter. Die große Vielfalt von Menschen aus aller Welt in manchen Stadtteilen – von

den Einen euphorisch begrüßt – erweist sich für die Anderen als Bedrohung ihrer Alltagsnormalität, ja manchmal als purer Horror. „No go areas“ in Berlin oder im Ruhrgebiet. Und vor allem: Die gefühlte Unsicherheit nahm – für einige seit der Ankunft der vielen Flüchtlinge explosionsartig – zu. Das ist immer weniger unser Land! Kein Geld für Schulen – aber alles für die Banken! Und, und, und ...

Deswegen setzt man nun auf diejenigen, die es der herrschenden Elite mal so richtig zeigen wollen: die Trumps, Le Pens und Petrys. Die reden wenigstens offen heraus, sagen, was sie denken und lassen sich nicht einschüchtern von den Superklugen und Besseren. Sie vertreten „das Volk“ – was bedeutet: alle, die sich von den

Herrschenden als ausgegrenzt erleben. Tendenziell locker eine Mehrheit der Bevölkerung. Die politischen Linien verschieben sich.

Es geht dann gar nicht mehr um Armut und Reichtum, sondern um die Teilung von Drinnen und Draußen: Wir, das Volk, sind drinnen – die anderen sind draußen. Das kann man sich einbilden. Aber um das besonders deutlich zu machen, kann man auch eine Mauer bauen. Und wenn sich dann gar Nationales und Soziales verbindet, kann es richtig gefährlich werden.

Es gibt nur einen Weg gegen diese Stimmungen: Sagen, was Sache ist, die Sorgen der Menschen ernst nehmen und deutlich machen, dass ihre Anliegen in das Zentrum der Gesellschaft gehören. Das tun die nationalen Populisten auch – aber sie lügen! Anders gesagt: Solidarität mit allen stiften. Es kann nicht sein, dass es für die Flüchtlinge eine zu

Recht viel gelobte Willkommenskultur gibt – aber die wachsende Zahl der in Deutschland von Armut Bedrohten allein der Betreuung durch die Behörden überlassen bleibt. Es kann nicht sein, dass Wünsche danach, ein friedliches Leben mit Familie, Hund und Datscha zu führen, als reaktionär gebrandmarkt werden.

Wo ist die Akademikerfamilie, die die Schmuddelkinder aus der Schlichtwohnung zum Geburtstag einlädt? Wo finden sich die Betroffenen in unserer Kirche wieder?

Der Kirchentag im Mai in Berlin – eigentlich nur etwas für Menschen vom Abitur aufwärts – könnten sie doch alle mal einladen: die ganz normalen Berliner. Zum großen Palaver überall an gedeckten Tafeln.

Dann würde vielleicht auch mein Taxifahrer sagen: Okay. Da gehöre ich dazu! ■

Kommentar
der Woche